

Danziger Zeitung.



No 9117.

1875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Posten angenommen. Preis pro Quartal 4 M 50 S. — Auswärts 5 M. — Inserate, pro Seite 20 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Netemeyer u. And. Rose; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hoenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. A. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Mai. Die „Nordd. Allg. Zeit.“ schreibt: Fürst Bismarck wurde wiederholt, namentlich Mittwochs, in langdauernder Audienz vom Kaiser Alexander empfangen. Fürst Gortschakoff und Fürst Bismarck conferierten täglich. Fürst Gortschakoff verweilte gestern Abend mehrere Stunden im Anwältigen Amts. Beide Staatsmänner schieden in gegenseitiger Verabschiedung. Eine Verständigung brauchte allerdings nicht erst erzielt zu werden, aber das Einverständnis wurde von Neuem bestätigt.

Berlin, 13. Mai. Die „Post“ erfährt, daß von einer nachgeholten Entlassung des Oberpräsidenten v. Bodenbach (Cassel) in amtlichen Kreisen nichts bekannt sei.

Die selbe Zeitung meldet, daß die deutschen Bischofs eine gemeinschaftliche Replik gegen den ablehnenden Bescheid des Staatsministeriums auf die Immediateingabe an den Kaiser erhoben haben.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Haag, 12. Mai. Einer der Regierung zugegangenen Depesche aus Alchin vom 8. d. M. zufolge haben die holländischen Truppen Lameloe Setoe und Ketjelooleyoe mit geringen Verlusten besetzt.

Belgrad, 12. Mai. Fürst Milan ist im Begriff, eine Rundreise im Innern des Landes anzutreten. — Der Justizminister hat eine Commission zur Ausarbeitung eines Gesetzes über die Einführung von Grundbüchern eingesetzt.

Die bisherigen Arbeiten des Abgeordnetenhauses.

Abermals kann das Abgeordnetenhaus auf einen Abschnitt ungemein inhaltsreicher und fleißiger Thätigkeit zurückblicken. Seit den kurzen Osterferien ist das Plenum fast täglich zu langen Sitzungen versammelt gewesen, während zahlreiche Commissionen auf die Abendstunden angewiesen waren. Die hervorstehende Signatur dieses Theiles der Session ist wiederum die des kirchenpolitischen Kampfes gewesen. Es kann nicht anders sein: diese große welthistorische Krise muß notwendig das gesamte Leben des Staatsorganismus beherrschen und die gesetzgeberischen Acte, welche sie veranlaßt, mögen immerhin friedensschnüchigen Naturen nicht als die erfreulichsten Früchte der Session gelten, mögen auch teilweise vom Standpunkte einer weithinliegenden Beurtheilung nicht von dauerndem Werthe erscheinen, für den Augenblick aber bilden sie jedenfalls die wichtigste Arbeit, denn von der Art und Weise, wie sie die gegenwärtige Krise zur Lösung führen, wird es abhängen, ob der Bestand des preußischen Staates und des jungen deutschen Reiches, ja mehr noch, ob der Bestand der gesamten modernen Cultur wirklich gesichert sein soll oder nicht.

Wie lange auch dieser Kampf bereits andauert, so sind doch in diesen letzten Wochen weit aus die bedeutsamsten von allen bisher erfolgten

Schritten gethan. Durch die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung ist eine Quelle der Verwirrung im Stützpunkt der unabhängigen Ansprüche bestigt und dem Staate für die Ausübung seines selbstverständlichen Rechts, den auf seinem Gebiete domicilirenden Religionsgesellschaften die Grenzen ihrer Wirkungssphäre lediglich durch seine eigene Gesetzgebung zu bestimmen, die freie Bahn geschaffen worden. Das Gesetz über die Einstellung der Staatsleistungen wird zwar voraussichtlich nach seiner finanziellen Seite hin zunächst nicht von großer Wirkung sein, doch es ist der schärfste Ausdruck für die absolute Unversöhnlichkeit der damaligen Ansprüche der römischen Hierarchie mit den Rechten des Staates. Von tief einschneidender Wirkung aber wird das Klostergesetz sein. Mit ihm wird eine beträchtliche Anzahl jener Canale verstopft, durch welche das römische Gift am unbemerkten und darum am sichersten in die Massen unseres Volkes geleitet wurde. Von indirekter Bedeutung für den kirchenpolitischen Kampf ist auch das vom Abg. Petri ausgegangene Gesetz, welches die Rechte der Alt-katholiken am Kirchenvermögen regelt; doch wurde das Haus bei der Zustimmung zu demselben in erster Linie durch die klare Pflicht der Gerechtigkeit bestimmt. Als ein Delikt des Friedens inmitten des tobenden Kampfes, wenngleich von den Ultra-montanen gleichfalls als unverzeihlicher Eingriff in die Rechte der Kirche geschmäht, ist das Gesetz über die Vermögens-Verwaltung in den katholischen Kirchengemeinden zu erwähnen. In ihm ist die Grundlage gewonnen für jene äußere Organisation der katholischen Kirche, welche derzeit einen dauernden Frieden mit dem Staate herstellen wird.

Alle diese Gesetzentwürfe hat das Abgeordnetenhaus unter stürmischen, aber darum nicht minder äründlichen Debatten und teilweise mit erheblichen Verbesserungen in allen drei Lesungen erledigt. Und neben den Anstrengungen des kirchenpolitischen Kampfes hat das Haus noch die Kraft und Ausdauer zu rüstigster Arbeit an der Reform unserer inneren Staatsverwaltung gefunden! In langen, schwierigen Berathungen ist die Provinzialordnung zum Abschluß gebracht worden, und auf ihrer Basis die Gesetzentwürfe über die Verwaltungsgerichte und die Dotations der Provinzen. Daz alle diese Entwürfe nur auf Grund von Compromissen zur Annahme gelangen konnten, gereicht dem Hause nicht zum Vorwurf, ist vielmehr eine in der Sache begründete Notwendigkeit. Auch der Gesetzentwurf über Schatzwaldungen und Waldgenossenschaften ist trotz aller Anfechtungen schließlich noch zur Annahme gelangt; desgleichen die Vorlage über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen und die Kostensatzordnung.

Eine solche Fülle praktischer Ergebnisse konnte nur erreicht werden durch ernsthafte Hingabe an die Sache und andererseits durch wahrhaft patriotische Selbstbeherrschung. Möge das Herrenhaus es in diesen Tugenden dem andern Hause gleich thun!

In seine Hand ist es jetzt gegeben, ob die gegenwärtige Session die fruchtbarste in der ganzen bis-

Die letzten Tage Auber's.

Der Fremde, der nach mehrjähriger Abwesenheit eine ihm liebgewordene Stadt wieder besucht, empfindet lebhafter als der Einheimische selbst die Abwesenheit heimgegangener Theurer und bedeutender Menschen. An Ort und Stelle berührt ihn, und nur ihn allein, ihr Tod wie eine schmerzhafte Neuigkeit. In dem verschlingenden Lebenswirbel von Paris, wer spricht da noch viel von Auber, Rossini, Berlioz? Nicht zu gedenken so mancher minder berühmter, liebenswürdiger Künstler, die in dem glänzenden Ausstellungsjahr 1867 hier mit uns sich fröhlich tummelten — schreibt Hanslick der „N. r. Pr.“ aus Paris. Wie war's vor den leeren Wohnungen jener drei Meister, als stünde ich vor frisch aufgeworfenen Gräbern; zähle ich doch meinen Verlehr mit ihnen dankbar zu meinen schönsten Erlebnissen.

Um die letzten Lebensstage Auber's erkundigte ich mich angelegenheitlich; hatten wir doch in Deutschland so spärliche und unsichere Nachrichten darüber erhalten. Sogar in der Angabe des Todesstages stimmten die Blätter nicht überein. Auber starb in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai 1871, eine halbe Stunde nach Mitternacht. Unter den politischen Donnerschlägen jener Zeit blieb sein Tod fast unbeachtet, beinahe wie das Ableben Donizetti's im April 1848. Die Nachricht vom Tode Donizetti's verhallte in Deutschland und Frankreich inmitten des neuen Freiheitsjubels; wer kümmerte sich in dem allgemeinen Raush jenes Völkerfrühlings um einen einzelnen Sarg, der unten still vorübergetragen wurde? Und doch lag ein Mann darin, der, hoch gefeiert und geliebt, durch seine Melodien Tausende in allen Ländern tausendmal erfreut hatte. Donizetti starb zu unrichter Zeit. Ebenso Auber, nur mit dem Unterschied, daß seine letzten Atemzüge nicht von allgemeinem Völkerjubel, sondern von den Grünen einer entsetzlichen politischen Katastrophe verschlungen wurden. „Toute exagération est une faute,“ sagte er in seiner letzten Krankheit, „man muß nichts übertrieben, auch nicht, wie ich, das lange Leben.“ Es ist übrigens ein viel verbreiteter Irrthum, daß Auber allein und verlassen gestorben sei; Ambroise Thomas, sein treuer Freund und Schüler, der während der Belagerung und der Commune Paris keinen Augenblick verlassen hatte, war täglich um ihn und bat ihm die Augen zugeschloß.

Aus dem Munde Ambroise Thomas' erfuhr ich nachstehende Einzelheiten: Auber's größter Zugus bestand in schönen Wagen und Pferden. So recht geliebt hat er eigentlich außer seinen Pferden kein lebendes Wesen. Da kam die böse Hungersnoth über das eingeschlossene Paris, und die Communards requirierten überall gegen eine unbedeutende Entschädigung Pferde aller Art, um sie zu schlachten. Von vier kostbaren Pferden, welche Auber damals im Stall hatte, nahm man ihm vorläufig drei weg; er empfand tiefen Schmerz darüber, ohne sich zu beklagen oder die mindeste Einwendung zu erheben. Nun kam man auch, sein letztes Pferd zu holen, einen englischen Rappen von hohem Werthe. Ambroise Thomas wollte sofort Schritte thun, damit die Behörde aus Achtung für den berühmten, greisen Meister eine Ausnahme mache und ihm das letzte Pferd, seinen Liebling, lasse. Allein Auber ließ es nicht zu. „C'est la loi!“ wiederholte er unerschütterlich, obwohl der Schmerz das edle Thier geschlachtet zu sehen, ihn fast überwand. Da fand Thomas einen glücklichen Ausweg. Er bat einen einflussreichen Beamten der Commune um die Erlaubnis, ein anderes Pferd an Stelle des Auber'schen ausliefern zu dürfen, und erhielt sie. Der ihm nahe befreundete Chef der berühmten Clavierfabrik Pleyel und Wolf, August Wolf, hatte von seinen zehn bis fünfzehn Pferden noch drei zum nothdürftigsten Betriebe seiner Fabrik in Saint-Denis zurück behalten dürfen. Eines davon wurde heimlich in den Hofraum von Auber's Haus gebracht und der Commune ausgeliefert, während Auber's Lieblingsross, vor einem mit Brettern beladenen Karren gespannt, nach Wolf's Fabrik trabte. Genau wie in so vielen menschlichen Rettungsgeschichten! Täglich erkundigte sich der von immer heftigeren Schmerzen geplagte Auber, ob sein Pferd am Leben und gut versorgt sei. Noch am Vorabend seines Todes. Der Geist des fast Neunzigjährigen war während seines letzten schmerzlichen Krankenlagers merkwürdig hell geblieben. Er versuchte ein Stück für Kammer-Musik zu schreiben und ließ sich Quartette von Mozart und Beethoven aus seiner Bibliothek holen. „Ein Blick auf diese Werke,“ sagte er lächelnd, „wird mich hoffentlich bestimmen, zu verbrennen, was ich eben geschrieben habe.“ Wenigen Sterblichen war ein so ununterbrochen glückliches Leben beschieden gewesen, wie unserem Meister;

herigen Geschichte unseres Verfassungsliebens werden soll.

Deutschland.

N. Berlin, 12. Mai. Die Reichsjustizcommission beschäftigte sich heute mit dem Tit. 10 der Civilprozeßordnung: Beweis durch Eid. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine weitgreifende Debatte darüber, ob das englische System der eidlichen Vernehmung der Parteien in den Entwurf einzuführen und statt dessen die Eideszuschreibung abzuhalten sei. Für die Bejahung wurde auf die günstigen Erfahrungen in England und Nord-Amerika provoziert und geltend gemacht, daß das materielle Recht besser zur Geltung komme, die lästigen und spitzfindigen Streitigkeiten über die Formulierung des Eides vermieden werden, die unrichtigen Grundätze des Entwurfs über die Unfreiheit des Geständnisses unschädlich gemacht, und Mentalreserven bei Ableistung von Eiden verhindert werden. Die Gegner beriefen sich dagegen auf die Heiligkeit und Bedeutung des Eides, welche bei entgegenstehenden Eiden der Parteien erheblich leiden werde, auf die Gefahr der Vernehrung der Kleinleute, auf die Belästigung der Parteien und das dem Antrage zu Grunde liegende Inquisitionsprinzip, auf die entgegenstehende Rechtsanschauung des deutschen Volkes, welche einen scharfen Unterschied zwischen Zeugen und Parteien mache, und auf das erhebliche Bedenken, ein Institut, welches bis dahin nirgends in Deutschland sich Eingang verschafft habe, in die Prozeßordnung einzuführen, welche ohnehin bei den vielfachen Neuerungen, welche sie für große Theile Deutschlands herstellt, auf mannigfachen Widerstand stoßen werde. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Reichenberger, den Titel von dem Eid an eine Subcommission zu verweisen, um denselben auf Grund des Prinzips der eidlichen Vernehmung der Parteien umzuwandeln, gegen 7 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde die Frage erörtert, ob der Richterwissenschafts- und Glaubenseid in einem größeren Umfange, als der Entwurf es gestattet (nämlich in Bezug auf die Handlungen der Rechtsvorgänger und Vertreter) zuzulassen sei. Nach eingehender Debatte, in welcher einerseits der Glaubenseid als ein unter Umständen notwendiges Beweismittel, welches man bei freier Beweistheorie unbedenklich zulassen könne, bezeichnet, andererseits für ein Institut erklärt wurde, welches abgesegnet (nämlich in Entwurf hergehobener Fällen, nicht geeignet sei, dem Richter eine begründete Überzeugung zu verschaffen, die Bedeutung des Eides discredite und den Leichtsinnigen zu einer frivolen Eidesleistung veranlassen), den Gewissenhaften dagegen leicht zu Gewissensscrupeln führe, wurde der Grundsatz des Entwurfs angenommen. Bei § 404 wurde ein Antrag des Abg. v. Forcade bezüglich des Zeitpunkts der Erklärung auf die eventuelle Eideszuschreibung angenommen, sowie zwei Anträge des Abg. Bähr, daß im Falle einer Einigung der Parteien die im Entwurfe enthaltenen Beschränkungen für die Zuschreibung und Zurückziehung

des Eides nicht in Anwendung, und daß wegen unterlassener Erklärung auf eine Eideszuschreibung eine an der Verhandlung Theil nehmende Partei nur dann als eidesweigernd angesehen werden kann, wenn sie gerichtszeitig zu einer Erklärung über den Eid vergeblich aufgefordert worden ist.

* Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf, betreffend eine Abänderung des Gesetzes vom 24. März 1873 über die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten, zur Beratung vorgelegt worden, welcher die §§ 1, 4 und 10 des genannten Entwurfs einer Abänderung unterwirft. In Folge der durch das Gesetz vom 24. März 1873 bewirkten Vereinfachung der Tarifierung der Tagegelder- und Reisekostenfeste haben nämlich gewisse Beamten statt einer Erhöhung eine teilweise Herabminderung ihrer früheren Beziehungen erfahren. Den dieserthalb erhobenen Beschwerden will die Staatsregierung durch dies Gesetz gerecht werden. Die Bestimmungen des Art. 1 des Gesetzes bezwecken keine Revision des ganzen ersten seit zwei Jahren in Kraft stehenden Gesetzes, sondern beschränken sich auf das hervorgebrachte Bedürfnis. Es kommen dabei namentlich die Förster, sowie die Steuer- und Grenzaufseher in Betracht, denen demnächst einzelne andere Beamte gleich zu stellen sein werden. Die Förster hatten durch das Gesetz vom 24. März 1873 statt 20 Sgr. den Satz von 1 Thlr. an Tagegeldern erhalten, während die Steuer auf den Satz von 1 Thlr. verblieben. Andererseits wurde die Reisekostenvergütung für beide Beamtenkategorien bei Reisen auf Eisenbahnen und Dampfschiffen von 7½ Sgr. für die Meile und 15 Sgr. für Zu- und Abgang, auf 5 Sgr. für die Meile und 10 Sgr. für Zu- und Abgang herabgesetzt. Mit Rücksicht darauf, daß die fraglichen Beamten seit 25 Jahren die höheren Sätze bezogen haben, und daß diese Sätze nicht bloss zur Deckung der Transportkosten, sondern auch der Nebenkosten bestimmt sind, hält die Staatsregierung eine Wiederherstellung derselben für angezeigt. Dieselbe glaubt auch sich für eine Erhöhung des Tagegeldersatzes jener Beamten von 1 Thlr. (3 Mk.) auf 1½ Thlr. (4½ Mark) erklären zu sollen. Beides soll durch die Aufnahme einer neuen Tarifstufe in das Gesetz bewirkt werden. Der Artikel II. hat den Zweck, die Tarife, denen die frühere Währung und das frühere Entfernungsmäß zu Grunde lagen, entsprechend abzuändern. Für das vorliegende Gebiet ist bereits im Verwaltungsweg Anordnung getroffen, daß die Liquidationen der Tagegelder und Reisekosten nach der Markrechnung und nach dem Metermaß (Kilometer) aufgestellt werden. Es bleibt dabei aber der Uebelstand bestehen, daß in dem Gesetz vom 24. März 1873 die Reisekostenfeste auf der Meile bzw. Quoten derselben (Fünftelseine) beruhen und daß mithin bei der Berechnung immer auf die Meile zurückgegangen werden müssen. Das Gesetz sieht deshalb die Einheitsfeste auf das Metermaß fest.

— Der vielgenannte Pastor Quistorp in Duxerom, dieses „ensant terrible der pommerschen

Brandus den Subscriptionsbogen, auf welchem die Namen fast aller renommierten Tonkünstler sich finden. Rührend erschien es mir, daß zuerst und mit den größten Beiträgen die Wittwen der verstorbenen Freunde Auber's (veuve Scribe, veuve Halévy, veuve Meyerbeer, veuve G. Castner etc.) sich eingestellt hatten. Die echte Pietät des Frauenherzens!

Es eregte anfangs allgemeines Begehr, daß man die Kosten des Grabsteins durch öffentliche Subscription decken müsse. Wie? rief man, ein Grand-Seigneur von dem Einkommen Auber's, der für Niemanden zu sorgen hatte, sollte nicht einmal so viel hinterlassen haben? Die Erklärung lautet fürs erste, daß Auber seine Einnahmen fast vollständig für sich und seine verschiedenen Liebhabereien verbraucht; sodann, daß dieses Einkommen nicht beträchtlich war, wie man glaubt. Zur Zeit seiner größten Theatererfolge standen Honorare und Tantiemen keineswegs auf ihrer gegenwärtigen Höhe; Auber hat mitunter in vier bis fünf Jahren nicht so viel eingenommen, wie Offenbach in manchen Monaten. Obendrein hatte er bei heran gehendem Alter sein Autorrecht ein für allemal gegen eine billige Jahresrente veräußert. So hinterließ er nur ein bescheidenes Vermögen, welches zwei im Leben ihm ziemlich fremd gebliebene Nichten, alte Betschwestern in der Prov. gerbt haben. In nicht ferner Zeit wird auf dem Pére-Lachaise ein Denkstein die Ruhestätte des Meisters bezeichnen, dessen glänzendes Talent nur von seiner unvermöglischen Arbeitskraft noch übertrffen wurde. Frankreich, das seine großen Männer im Leben wie im Tode zu ehren weiß, hat damit seine Schuldigkeit gethan. Aber trotzdem kann man sich des Eindrucks hier nicht erwehren, daß die egoistische Kältherzigkeit, welche Auber als Menschen charakterisiert, sich noch in seinen letzten Tagen und nach seinem Tode an ihm gerächt habe. Mit Rührung und Herzlichkeit habe ich Niemanden von Auber sprechen hören. An seinem Grabe flossen Ströme bewundernder und bewunderungswürdiger Beredsamkeit — aber es floß keine Thräne. Seine Gleichgültigkeit gegen die Wittwen wird ihm nun von diesen nachträglich zurückgezahlt, und der Tod Auber's scheint keine Lücke zurückgelassen zu haben in dem Herzen von Paris.

Clerisei", hatte, so schreibt die "Boss. Ztg.", in seinem merkwürdigen "Brief um das Haus des Herrn" f. B. offene Briefe an den Präsidenten des evangelischen Ober-Kirchenrats Dr. Hermann gerichtet und durch den beleidigenden Inhalt einer Stelle derselben sich eine Disciplinar-Untersuchung zugezogen. Nachdem der Angeklagte dieserhalb neuerdings noch ein Mal vernommen und nachdem es ihm in Folge "einer ihm unvergesslichen Privatbeichte" vor dem Pastor Reinhold in Cammin gelungen ist, die Augen geöffnet zu bekommen über "Jenes durch die offenen Briefe begangene Unrecht", war es ihm ein Bedürfnis seines Herzens und Gewissens, solches nun auch dem Herrn Präsidenten Dr. Hermann in der Form einer ehrlichen und unumwundenen Abbitte auszusprechen." In Folge dessen soll nun auch der alsbald bevorstehende Urtheilspruch des Consistoriums zu Stettin ein durchaus milder werden. Man sieht, die lautesten Vertreter der massivsten Orthodoxie wissen unter Umständen immer noch zur rechten Zeit Buße zu thun.

Nach dem Vernehmen Berliner Blätter beabsichtigt der Unterrichtsminister neben dem Geh. Rath Dr. Bonitz noch einen zweiten Leiter des höheren Unterrichtswesens, der speciell die Real-schul-Angelegenheiten zu bearbeiten hätte, in das Ministerium zu berufen.

Der Hauptmann Witte vom Eisenbahn-Bataillon ist vorläufig auf 3 Monate beurlaubt, um den praktischen Dienst bei der hiesigen Feuerwehr kennen zu lernen. Herr Witte hat seine Functionen bereits angegetreten. Das Pensionsgeschäft des Geheimen Regierungsraths und Brand-directors Scabell soll höheren Orts genehmigt werden sein.

Laut eines Berichtes des deutschen Reichs-Consuls in Papeete (Tahiti) hat sich der deutsche Handel auf Tahiti außerordentlich gehoben und ist bereits bedeutender als der aller dorthin Handel treibenden anderen Nationen. Die Regierung in Tahiti hat bis jetzt noch keine statistischen Bekanntmachungen veröffentlicht und ist auch im Jahre 1874 damit noch nicht zu Stande gekommen. Der Entwicklung des Handels gereicht es zum Nachtheile, daß man alle Zölle für 1875 aufs Neue erhöht hat.

Die Reichsenquête, betr. die Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter hat vorgestern in Hamburg im Rathause mit Bemerkung der Möbel- und Bautischler, sowie der Stuhlmacher ihren Anfang genommen.

Nach der "Kreuztg." wird die deutsche Regierung in Bezug auf die mit Belgien schwedenden Fragen von russischer Seite unterstützt werden, und Russland seinerseits namentlich auch in England diplomatisch dafür wirken, daß das englische Cabinet seinen Einfluß auf Belgien im Sinne eines Entgegenkommens gegen Deutschland geltend mache.

Die vom 19. bis 22. Mai in Bonn tagende altkatholische Synode wird ein deutsches Rituale und in Bezug auf den Unterricht die Entwürfe zu einem Religions-Handbuch, zu einer Biblischen Geschichte und einem Katechismus ihrer Verathung unterziehen.

Stettin, 12. Mai. Auf der Werft des "Vulcan" werden die Vorbereitungen getroffen, um gleich nach dem Pfingstfest ein drittes großes Schiff auf Stapel zu stellen. Es ist dies die von der Kaiserl. Admiraltät in Auftrag gegebene Glattdécks-Corvette. Demnächst wird in einigen Monaten die im Bau so weit vorgeschrittenen gedeckte Corvette "Tusnelda" von Stapel laufen und die schwimmend gepanzerte Fregatte "Preußen" im Herbst vollendet und abgeliefert werden.

Kiel, 11. Mai. Wie ein Correspondent der "Hamb. Nachr." in Erfahrung gebracht haben will, steht Ende Juni der Besuch eines amerikanischen Geschwaders zu erwarten, welches im Verein mit unserer von Wilhelmshaven kommenden Flottille Abtheilung dann nicht weniger als 12 bis 15 der größten Kriegs- und Panzerschiffe in unserem Hafen versammeln würde.

Fürth, 10. Mai. Man sollte kaum denken, daß im 19. Jahrhundert die Erledigung einer Angelegenheit 8 volle Jahre auf sich warten läßt, und doch hat man in unseren Regierungskreisen dieses Kunststück zu Stande gebracht. Am 3. Juni 1867 beschloß nämlich unsere Gemeindevertretung die Umwandlung der confessionell-getrauten Schulen in confessionell-gemischte Schulen. Die Kreisregierung verfügte damals den Beschuß die Genehmigung, obwohl die Bürgerschaft bei der Abstimmung sich auch für das Projekt ausgesprochen hatte, und unser Cultusminister Herr v. Luz ließ die Beschwerde gegen die Regierungsentschließung trocken vielseitige Monitore Jahre hindurch unverleidigt, ja er hat bis zur Stunde noch keine Antwort auf den Recurs erlassen. Inzwischen erhielt eine allerhöchste Verordnung, wonach unter gewissen Voraussetzungen den Gemeinden die Errichtung von confessionell-gemischten Schulen gestattet ist. Die hiesige Gemeindevertretung machte von dieser Verordnung Gebrauch und faßte auf Grund derselben einen Beschuß. Doch wieder verließen fast 2 Jahre, bis endlich heute — also nach Verlauf von 8 Jahren — der Gemeindevertretung ein Regierungsscript zulam, wonach die Umwandlung der confessionell-getrennten Schulen in confessionell-gemischte gestattet ist.

Aus der bayrischen Pfalz, 9. Mai. Aus Germersheim wird ein Act der Humanität gemeldet, der in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Die dortige israelitische Gemeinde, welche ihre Toten in dem 2 Stunden entfernten Nülsheim begraben mußte, war bei dem Stadtrath dahin vorstellig geworden, ihr auf Grund des neuen Gemeindegesetzes eine eigene Begräbnisstätte am Platze zu überweisen. Dieses Gefüch wurde vom Stadtrath zwar abgelehnt, dagegen den Petenten die Nutzbenutzung des christlichen Friedhofes gestattet, und zwar nicht etwa an einer besonderen Stelle derselben, sondern in der Reihenfolge der Gräber.

Holland.

Die "Luxemb. Ztg." verlangt die sofortige Einberufung der luxemburgischen Kammer. Sie schreibt mit großen Buchstaben: "Wie wir uns zu überzeugen Gelegenheit hatten, macht sich in der öffentlichen Meinung — in der Hauptstadt wenigstens — das Verlangen nach einem unvergleichlichen Zusammentreffen der Kammer geltend. Man wünscht — und sicher mit vollem Recht — von der Regie-

rung Aufschlüsse zu erhalten über den Einfluß, den die letzten Pariser Börsenereignisse auf unser Land auszuüben in der Lage sind. Auch unter den Deputirten selbst soll, wie wir hören, sich das gleiche Verlangen kundgeben."

Schweiz.

Von den Glarner Aerzten, schreibt das "Correspondenzblatt für Schweizer Aerzte", ist ein Streit beschlossen, der nach der Frühlings-Landschaft in Scene gesetzt werden soll. 21 von den 23 geprüften und patentirten Aerzten des Kantons Glarus erklären, keinerlei ärztlich-amtliche Funktionen übernehmen zu wollen, bis die Beurtheilung der Ausweise über genügende wissenschaftliche Befähigung der Medicinalpersonen — wie dieselben vor der Übertragung amtlicher Berichtigungen verlangt werden — wieder einer aus competenten Fachleuten bestehenden Behörde übertragen ist, und bis auch die übrige Medicinalgezegebung derart modifizirt ist, daß die Handhabung einer vernünftigen Medicinalpolizei wieder ermöglicht wird.

Oesterreich-Ungarn

Graz, 10. Mai. Ungeachtet der umfassenden polizeilichen Maßregeln und der militärischen Bewachung seiner Villa vermag Don Alfonso mit seiner Gemahlin in Graz doch keine Ruhe zu finden. Zwar wird seine Beschaulichkeit in der Villa selbst von keinem Tumult mehr gestört, und auch seine täglichen Kirchenfahrten ziehen nur mehr neugierige Besucher herbei, aber die schöne Umgebung der Stadt ist besonders am Sonntagen für die spanischen Gäste ein gefährliches Terrain. Diese Gefährlichkeit hat sich gestern manifestiert, als Don Alfonso und Donna Blanca auf der Höhe einer Anhöhe nächst Graz, den Wagen verließen und eine Strecke zu Fuß promenirten. Es dauerte nicht lange, so hatten sich zahlreiche Spaziergänger um dieselben versammelt, welche bald zu pfeifen anfingen und so lange damit fortfahren, bis das Infantenaar den Wagen bestieg und in raschem Trabe nach Hause fuhr. Neuestens versucht es Donna Blanca, durch eifriges Almosen geben sich populär zu machen. — Der von der hiesigen Universität für immer relegierte Jurist de Fiori reiste gestern nach Wien. Eine große Zahl von Collegen gab ihm das Geleite, und in zwanzig Tagen durchfuhren die jungen Leute die belebtesten Straßen der Stadt.

Die Regierung macht sich, so schreibt der Wiener Offizielle der "Karls. Ztg.", Angefangen des in Berlin gegebenen Klostergesetzes, auf einen starlen Zugang aus den der Auflösung zugeführten Klöstern gesetzt. Ein Mittel, diesen Zugang ganz zu hindern, hat sie vorläufig nicht, denn das betreffende Gesetz ist nicht perfect geworden. Sie wird sich indeß mit der Weisung an die Statthalter zu helfen suchen, das Heimatgesetz strengstens zu handhaben. Ähnliches sei mit Erfolg schon damals geschehen, als das deutsche Reich sich der Jesuiten entledigte.

Frankreich.

Paris, 10. Mai. Zwischen den Regierungen von Madrid und Paris sind, wie der "K. Ztg." geschrieben wird, ernsthafte Zwistigkeiten entstanden. Anlaß dazu gab ein für den König Alfons beleidigender Artikel des "Univers", der dem spanischen Botschafter Anlaß zu einer Beschwerde gegeben hatte. Der Herzog Decazes zeigte sich nicht abgeneigt, dem "Univers" eine Rüchtigung zu erheben, jedoch nur unter der Bedingung, daß er in dem betreffenden Erlaß die Stelle anführe, welche den Unmuth der spanischen Regierung erregt.

Die antikömische Bemerkung des "Univers" war genealogischen Charakters, ohne gerade in den Gothaischen Almanach hineinzugehören, und der Botschafter wollte daher auf jene Bedingung nicht eingehen. Nachdem er aber die Sache an seine Regierung berichtet, hatte er eine zweite Unterredung mit Decazes, in welcher es zu ziemlich unliebhaften Erörterungen kam. Was in Madrid noch fernere sehr unangenehm berührte, ist die Fortdauer der Wühleren der Clericalen in Paris zu Gunsten der Carlisten. Besonders übel nahm man in Madrid, daß die Regierung ruhig zusah, wie die Herzogin Chevreuse ein Fest zu Gunsten der Carlisten gab, dem nicht allein die Gemahlin von Don Carlos, sondern auch alle guten Freunde des Marschalls und der Marschallin Mac Mahon anwohnten. Man meint in Madrid, daß die französische Regierung den französischen Clericalen das Handwerk entweder nicht legen wolle oder nicht legen könne, und hält es daher für gut, andere, wenn auch entferntere Stützpunkte zu suchen, um sich gegen die französischen Clericalen und Legitimisten zu schützen.

Belgien.

Der Bischof von Lüttich hat den Geistlichen Diöcese die Mittheilung gemacht, daß er sich bei dem Könige über den Erlaß des Bürgermeisters von Lüttich, worin derselbe die Jubeljahr-Processionen am 9. und 16. Mai untersagt hat, beschwert habe, da seiner Ansicht nach ein solches Verfahren verfassungswidrig sei, daß aber, bis zur Entscheidung durch die Regierung, der Anordnung Folge zu leisten sei, und daher in den Gemeinden bekannt zu machen wäre, die Procesionen wären verschoben worden.

Spanien

Aus San Sebastian schreibt man dem Tagbl. Nach der am 1. d. Mts. veröffentlichten Ordre de la bataille beläuft sich die Gesamtstärke der carlistischen Armee jetzt auf 43.045 Mann regulärer Truppen mit Einschluß der Aerzte und Verwaltungsbürokraten.

Die alfonistische Nordarmee verfügt über 80—82.000 Mann, davon ca. 50.000 Mann an der Ebrolinie, 10.000 Mann in Oria und Umgegend und die übrigen in Garnisonen in Navarra und den baskischen Provinzen stehen. Die Verluste der letzten Monate sind enorm gewesen, weniger durch Gefechte, wie durch die in Folge der heftigen Stürme und Regenfälle verursachten Krankheiten. Lazarthe und Kirchöfe füllen sich, kein Mensch aber erfährt den vollen Umfang der Verluste.

Aus Ainhoa, 7. Mai, schreibt der Correspondent der "Kreuztg.". Die streitenden Parteien hätten sich also jetzt um eine vermehrt. Außer den Alfonsisten und Carlisten sind jetzt noch die sogenannten Cabreristen in Thätigkeit getreten. Der General Aguirre ist mit einer kleinen Schaar bei Zugarramurdi in Spanien eingerückt und operiert bei Hoznayo und Eyzaratzsa erkläre hatten, die zu Dowlaia gefassten Beschlüsse annehmen zu wollen, so ist Hoffnung vorhanden, daß der Streit in diesen Bezirken wenigstens einem baldigen Ende entgegengesetzt. Welchen Einfluß dieses Vorgehen

naturlich gleich "einen immensen Erfolg", zwischen Zugarramurdi und Urdave, gehabt. Die Gerüchte über diesen "Erfolg" trieben auch Ihren Berichterstatter an Ort und Stelle und leider kann er nichts weiter berichten, — als daß Alles erfunden ist und die Carlisten nach wie vor das Feld behaupten und von Niederlegung der Waffen bei ihrem vorzüglichen Zustande in militärischer Beziehung nicht die Rede sein kann. Nach oben erwähntem Gericht sollte Aguirre mit etwa 500 Mann eingerückt sein, mit diesem Schritt habe er erreicht, daß Alles die Waffen niederlege oder sich ihm anschließe, um gegen die carlistischen Truppen zu kämpfen. Waffen, Munition und Montirungen seien im Überfluss vorhanden und in kurzer Zeit werde Guipuzcoa und der Norden Navarras gesäubert und unterworfen sein. Je näher ich aber an den Conspalay der cabreristischen Thätigkeit gelangte, desto mehr nahmen die "immensen Erfolge" ab, die Waffen wurden spärlicher, die Munition desgleichen und aus den 500 Mann wurden deren nur 200, später einige 40, und als ich am Platz war, zählte nur ein Offizier dieses Contingents die Häupter seiner Lehen in der Stärke von sieben Mann vor, — theils Schmuggler, theils Desertiere, im Ganzen aber Gefindel! — Das also ist das vorläufige Resultat eines Projectes, welches so manchen Spanier den Kopf warm mache. — Die Carlisten ihrerseits scheinen über die Stärkeverhältnisse der Cabreristen eben so wenig, wie alle Andern, unterrichtet gewesen zu sein; denn ihre Vorbereitungen, die sie zur Abwehr eines Angriffs machen, sind ihrer Ercheinung nach offenbar für die äußerste Defensive berechnet gewesen. So haben sie z. B. die Fenster und Thüren der meisten Häuser vermauert und sie mit Schießcharten versehen, namentlich aber die nächste Umgebung der Brücke von Dancharinea ist den Verbündeten angemeessen befestigt; denn der Zoll dieses Übergangspunktes beträgt wöchentlich etwa 20.000 Francs. Der Besitz dieses Punktes also ist für die Carlisten von doppelter Werthe.

Italien

Rom, 10. Mai. Die Verhandlungen der beiden letzten Sitzungen der Kammer waren ungemein erregt. Wir hörten vom Ministerische und von den Bänken der Rechten aus dieselben Ansichten vertreten, wie sie im preußischen Abgeordnetenhause das Centrum vertritt, während der größte Theil der Oppositionspartei den Ansichten des Deutschen Reichskanzlers huldigt und diesen Ansichten Ausdruck gab. Ähnlich wie in Preußen die Herren vom Centrum, behaupten hier die Consorten, sie seien gute Patrioten und liebten ihr Vaterland, während die Oppositionspartei ihnen entgegenhält, es könne unmöglich Iemand den Papst lieben und die Tendenzen der Curie gutheißen, gleichwohl aber behaupten, ein guter Patriot zu sein. Mehrfache heftige Scenen zwischen den Anhängern entgegengesetzter Meinungen schilderten uns recht lebhaft, welcher unverhönlische Haß die ministeriellen Ultramontanen gegen die Liberalen und umgekehrt letztere gegen ersteren befestigt. Der clericaler Abg. Livy hielt u. A. der Opposition vor, sie werfe Steine nach dem Vatican, weil sie nicht den Mut habe, für dessen Vernichtung zu wirken. Ein Oppositionsmann antwortete darauf: "Wir werfen nur Steine auf die Hunde," die drinnen und draußen bellen. Livy aber schrie nach der Linken hinüber: Ich höre Hundegelb". Fast sämtliche "Chrenwerthe" improvisierten hierauf ein furchtbare Concert, Einige trommelten mit Händen und Füßen, Andere klatschten Beifall, Andere zischten, Andere lachten, Andere ballten die Hände und solche Scenen ereigneten sich gestern mehrmals. Der Ministerpräsident war vorgestern Zeuge bei der Civilisierung der Donna Theresa Caracciolo, Prinzessin aus dem herzoglichen Hause San Teodoro, mit dem Fürsten Marc' Antonio Colonna, Herzog di Marino, einem Betroß des Fürsten Torlonia, welche auf dem Stadthause, dem Capitol-Palast im Senatorenraum durch den Stadtrath, Fürsten Balthazar Odesaltri, in Vertretung des Sindaco vollzogen worden ist. Die Neuvermählten gehören beide den ersten päpstlichen und ultramontanen geistlichen Familien Rom an und daß sie den Grafen Minghetti eingeladen haben, ihnen als Zeuge bei der Civilisierung zu dienen, scheint der demokratischen Partei wieder ein Beweis zu sein, daß Minghetti die Freundschaft der Papalisten und des Papstes selbst trotz seines Leugnens gefucht und gewonnen hat. — Der "Gazzetta d'Italia" wird aus dem Vatican gemeldet, der Papst habe sich entschlossen, die Bischöfe zu autorisieren, nunmehr direct bei der Regierung das Equator nachzusuchen, er soll aber in gewohnter Weise Vermünschungen ausgestossen haben, als er hörte, daß die Alt-katholiken in Neapel vor 8 Tagen den Monsignor Panelli zum ersten Bischof der neuen Kirche, den Canonicus Trubucco zu dessen Coadjutor und den Priester Prota zum General-Vicar der neuen Diözese erwählt haben.

England.

London, 11. Mai. Die Königin, Prinz und Prinzessin Ludwig von Hessen und Prinzessin Beatrice kehrten Sonnabend Mittags von Buckingham Palace nach Windsor zurück. Der Besuch der Königin im Lager von Aldershot unterbleibt auf Anrathen der Aerzte, wegen mehrerer im Lager eingeschlossener Fälle von Scharrachfieber. Die Abreise nach Schottland ist auf nächsten Freitag festgelegt. — Horatio Lloyd, der Grafschaftsrichter für Nord-Wales, dem der Ausfuhr von Grubenbesitzern und Arbeitern die Entscheidung der Frage der Lohnherabsetzung überließ, hat sich für eine Berringerung von 10 Proc. ausgesprochen, die vom 1. d. M. in Kraft treten soll. Die Grubenbesitzer hatten ursprünglich 15 Proc. vorgeschlagen. Man darf annehmen, daß beide Theile sich dem Auspruche fügen werden und eine Unterbrechung der Arbeit nicht zu befürchten ist.

Die Grubenarbeiter des Bezirks von Dowlaia in Südwales entschieden sich auf einem Meeting legten Sonnabend für Wiederaufnahme der Arbeit bei fünfzehnprozentiger Lohnherabsetzung. Wahrscheinlich hat der größte Theil dieser Leute die Arbeit schon heute begonnen. Da die Arbeiter des Bezirks von Plymo und Eysaratzsa erklärte hatten, die zu Dowlaia gefassten Beschlüsse annehmen zu wollen, so ist Hoffnung vorhanden, daß der Streit in diesen Bezirken wenigen baldigen Ende entgegengesetzt. Eine Washingtoner Correspondenz des "Nord" veröffentlicht einige interessante Mitteilungen über das Zeitungswesen in den Vereinigten Staaten. Die "Newyork Tribune" ist soeben in ihr sechzehnunddreißigstes Lebensjahr eingetreten und hat bei diesem Anlaß ein neues prächtiges Gebäude bezogen. Ihre tägliche Auflage beträgt ungefähr 50.000 Exemplare. "Newyork Herald" zieht täglich ungefähr 70.000 Exemplare ab, aber die Presse in den anderen größeren Städten der Union bleibt hinter diesen enormen Ziffern keineswegs zurück. Die Auflage des "Philadelphia Ledger" beträgt mindestens 80.000, des "Boston

auf die 50.000 Arbeiter des Bezirkes von Überbare und des Ronda Thales haben wird, bleibt noch abzuwarten. Sie wollen von einer Lohnherabsetzung überhaupt nichts wissen und werden sich gewiß nur im äußersten Falle dazu verstehen, eine so beträchtliche anzunehmen. Dieser Ansicht ist auch der hiesige Gewerks-Unterstützungsausschuss, der dringend zu weiteren Beiträgen für die notleidenden Arbeiterfamilien auffordert, „da keine Aussicht auf Schlichtung des Streites vorhanden ist.“ — Der Liverpooler Dampfer "Caledonia" von 2300 Tonnen mit einer Ladung von 200.000 £. Wert ist am Cap Gata, östlich von Almeria, gescheitert.

Schweden.

Stockholm, 9. Mai. Dem Vernehmen nach, gedenken der König und die Königin sich in Berlin vom 28. Mai bis 2. Juni aufzuhalten. Darauf werden sie den Hof in Dresden besuchen, wonach der König die Königin, welche nach Marienbad reist, nach Teplitz begleiten und dann nach Schweden zurückkehren wird. Die Reise nach St. Petersburg gedenkt der König im Juli anzutreten.

Nußland.

St. Petersburg, 8. Mai. Am 5. fand hier die feierliche Gründung des Congresses russischer Eisenproducenten und Maschinenfabrikanten statt, dessen Programm bereits mitgetheilt wurde. Der Congress, schreibt man der "Sch. Ztg.", verbant sein Entstehen und die äußere Bedeutung — die man ihm auch Seitens der Regierung dadurch zu geben gesucht hat, daß man die Wahl eines Großfürsten als Präsidenten gestattete, — der Thätigkeit der kaiserlichen polytechnischen Gesellschaft. Aus dem Programm ist ersichtlich, daß es sich um Vereinbarung von Prinzipien handelt, welche tief in die Gesetzgebung über das Fabrik-, Zoll- und Verkehrs-wesen eingreifen und daher als Materialien für die Correctur einzelner Gesetze und Verordnungen der Staatsregierung empfohlen werden sollen. Die Hauptparole aller Congressmitglieder ist die belannete Emancipation vom Auslande. Das Ausland ist also bei dem Ergebnis der Berathungen wohl interessirt. Die erste Sitzung des Congresses war den Empfängnissen gewidmet, es sprachen der Großfürst Constantin Nikolajewitch als Ehrenpräsident, dann der Präsident des Congresses Baron Delwig, wie der der polytechnischen Gesellschaft und Vertreter der Industriellen. Die Reden enthielten sämtlich nicht vielmehr, als gegenseitige Beconomisirungen. Aus der Anrede des Großfürsten ist vielleicht die folgende Stelle bemerkenswerther: „Der Schatzoll und die schützende Hand der Regierung ist der Maschinenindustrie nur für eine gewisse Zeit und zwar nur in soweit nötig, als diejenigen Ziele erreicht werden, welche die Regierung im Auge hat, als Reichhaltigkeit und Billigkeit des inländischen Metallangebotes, Sicherheit für die Fähigkeit die Metallschäfte zu haben und für die Rentabilität der Maschinen-industrie. Russland verfügt über unerhörliche Reichtümer an Metallen; täglich werden neue Erzläger entdeckt; es handelt sich nur darum, sie zu bearbeiten.“

Griechenland.

Das Programm des neuen Ministeriums in Athen geht dahin, daß die Charta wieder in volle Geltung zu treten habe, daß die gänzliche Wahlfreiheit herzustellen und die ministeriellen Kandidaturen abzuschaffen seien. Die Teilnahme der Nation an der Gesetzgebung durch freigewählte Vertreter soll die constitutionellen Einrichtungen kräftigen und jeder Gefahr vorbeugen. Die zuletzt votirten Gesetze werden bis zum Zusammentritt einer neuen Kammer außer Kraft gesetzt. Königliche Ordonnanzen werden den öffentlichen Dienst regeln.

Amerika

Auch die neueren Correspondenzen aus Washington beschäftigen sich im Wesentlichen mit den Chancen der nächsten Präsidentenwahl. Die Part

Herald" 100,000, der "Sun" in Baltimore 50,000 Exemplare. Die "Tribune" in Chicago, "Boston Journal" und "Cincinnati Commercial" erscheinen täglich in 30,000 Exemplaren.

Prostanzisches.

Schönsee, 11. Mai. Noch immer sind wir ohne einen Bürgermeister — schreibt man der "Th. Btg." — obgleich der Rentier Bühl aus Culmee als solcher schon am 19. v. M. gewählt wurde. Dem Polizeidienst fiel es in voriger Woche ein, folgende Bekanntmachung, öffentlich auf der Straße anzutun: "Bekanntmachung. Es wird hiermit bekannt gemacht, daß alle Lebendlichen, Eheleute, Mägde, die sich nach 9 Uhr Abends auf den Straßen zeigen, eingelocht werden, von Polizei wegen." Darauf weist der letzte Vertreter des Bürgermeisters auch nicht ein. — Eine eigenartliche Wirkung, die vor einigen Tagen eine Schuhmacherfrau zur Welt gebracht hat, machte hier Aufsehen. In einer Art Blase, die am Unterleibe entstanden war, befanden sich anscheinend Spuren eines zweiten Menschenkörpers, der unentwickelt geboren ist. Das Kind ist gestorben. (Was mag aus dem Schleimwurm Kind geworden sein?)

Königsberg, 13. Mai. Die R. Regierung hat bei grossem Geldabwande bisher noch kein Glück mit der bergmännischen Bernsteingewinnung gehabt. Das massenhafte Eindringen von Wasser in die Schächte bei Mortyken lädt es zu dem erstreben Kriege durchaus nicht kommen: trotzdem Tag und Nacht die Wasserwelle in Bewegung bleibt, erhält sich fortwährend das Wasser in derselben auf einer Höhe von 75 Fuß. Es soll nunmehr noch ein zweites größeres Pumpwerk herbeigefügt werden, von dem man hofft, daß es in Verbindung mit dem schon bestehenden die Wassermassen beseitigen werde. Auch die Bergmännischen Arbeiten bei Sidamten haben, nachdem man 471 Fuß tiefe in die Erde eingedrungen war, die Aussicht auf Bernsteingewinnung nicht erfüllt. Die Arbeiter stiehen auf einer festen Kalkschicht, statt auf das erhoffte Bernsteinlager. — Wie wir hören, will die R. Regierung nunmehr bei Thierenberg Grabungen auf Bernstein vornehmen lassen. (R. B.)

Bromberg, 11. Mai. Die bietige Eisenbahn Commission der ges. Ostbahn hat am 1. d. plötzlich über 70 diärische bei ihr beschäftigte Beamte entlassen und zwar, wie verlautet, aus Erfahrungsrücksichten. Der Stat. der Ostbahn soll im vergangenen Jahr um fast $\frac{1}{2}$ überschritten werden sein. Das hat der Handelsminister genehmigt und die Erwartung ausgesprochen, daß für die Folge dies nicht mehr vorkommen wird. Mit wie wenig Rücksicht man bei diesen Entlassungen der Beamten verfahren, davon lässt das Folgende einen sprühenden Belag: Ein Lehrer aus der Gegend von Bischofswerder bei Wisspr. meldete sich vor einigen Monaten zum Bureau-Eisenbahndienst und wurde erbt. Es erfolgte seine Überprüfung zum 1. d. M. In Folge d. hiern gab er seine Stellung als Lehrer auf, traf zur rechten Zeit mit Frau, Kind, Möbeln u. c. hier ein und stellte sich der betreffenden Behörde zur Disposition. Er wurde von dieser zum Dienst in der Güterexpedition überwiesen und ihm bedeutender, anderen Tages zur Abteilung seines Dienstes wieder zu erscheinen. Pünktlich findet er sich dort auf ein. Ein Ed. wird ihm aber nicht abgenommen, sofern ihm ein Schreiben eingehändigt, nach welchem er — entlossen ist. Es haben aber nicht bloss Beamtenentlassungen stattgefunden, um eine Ersparnis herbeizuführen, auch die Löhne der Arbeiter wie Wagenschreiber, Schmiede und Handarbeiter sind vermindernd worden, so dass auch hier zuerst ein Strik und dann Entlassungen eintraten. Von einer Veränderung der Gehälter der höheren Beamten oder der Beamten überhaupt haben wir nichts gehört. (Pos. Btg.)

</

